

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Reinhard Knitsch
Schlickumer Weg 60
40699 Erkrath
Tel: 02104/36106
Mail: Reinhard.Knitsch@t-online.de

März 2016

Grüne

HAUSHALTSREDE FÜR DAS JAHR 2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Damen und Herren aus Rat und Verwaltung,

vor uns liegt ein Haushaltsplan, der trotz eines Defizites in Höhe von 7,64 Millionen Euro auch ohne Steuererhöhung genehmigungsfähig ist.

Zum Ausgleich dieses Defizites muss die allgemeine Rücklage, die zum Ende des Jahres 2015 immerhin noch 160 Millionen Euro beträgt, mit 4,74 % des Eigenkapitals in Anspruch genommen werden.

Erkrath gehört damit weiterhin zu den Kommunen in unserem Land, die kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen und nicht dem Spardiktat der Aufsichtsbehörde unterliegen.

Über Erkrath schwebt auch nicht der Pleitegeier, wie häufig von anderen behauptet wird. Von einer Überschuldung –im allgemeinen Sprachgebrauch auch als Insolvenz bezeichnet – ist Erkrath mit einem Eigenkapital in Höhe von 160 Millionen erfreulicherweise noch weit entfernt.

Trotzdem bleibt die Haushaltssituation –wie in zahlreichen anderen Kommunen auch – in Erkrath angespannt.

Dieses liegt in erster Linie aber daran, dass die Kommunen nicht die notwendigen Finanzmittel vom Bund und Land zur Aufgabenerfüllung erhalten. Ohne einen gerechteren Finanzausgleich wird auch Erkrath in absehbarer Zeit keinen Haushaltsausgleich schaffen können.

Die Konjunktur boomt nach wie vor; der Bund hat im letzten Jahr Überschüsse in Milliardenhöhe erzielt und die Kommunen gehen weiterhin auf dem „Zahnfleisch“. Diese chronische Unterfinanzierung der Kommunen muss endlich ein Ende haben.

Meine Damen und Herren,

Erkrath ist weiterhin eine einnahmenstarke Stadt. Bei den Einnahmen von der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer belegt Erkrath im Landesdurchschnitt einen Platz im oberen 1/3 Drittel aller Kommunen.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Die Einnahmen bei der Einkommenssteuer werden im Jahr 2016 bei 25 Millionen Euro liegen. Bei der Gewerbesteuer werden 28,2 Millionen Euro erwartet.

Obwohl trotz wirtschaftlich guter Konjunkturlage und der anhaltenden Niedrigzinsphase im zurückliegenden Jahr die Gewerbesteuereinnahmen um rund 2,5 Millionen Euro niedriger lagen als prognostiziert und somit eine realistische Kalkulation immer schwieriger wird, bleibt es dabei, dass das Gewerbesteueraufkommen in unserer Stadt nach wie vor vergleichsweise hoch ist.

Ein weiterer Flächenverbrauch zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete –wie aktuell leider von allen anderen Ratsfraktionen auf der Fläche Neanderhöhe gefordert – ist aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes der eindeutig falsche Weg.

Bündnis 90/Die Grünen werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Leerstand in bestehenden Gewerbegebieten, wie in Unterfeldhaus, beseitigt wird. Die Nutzung von bereits versiegelten Flächen muss Vorrang vor der Bebauung weiterer Frei- und Grünflächen haben.

Nur so können wir für die nachfolgenden Generationen einen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen leisten und dem unverantwortlichen Ressourcenverbrauch Einhalt gebieten.

Meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion hat mit der Unterstützung des Bürgermeisters Christoph Schultz die Erhöhung der Grundsteuer B um rund 20 % von derzeit 420 auf 500 Hebepunkte im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorgeschlagen und beantragt.

Durch diesen Griff in die Geldbörse der Bürgerinnen und Bürger würden sich die Steuereinnahmen um knapp 1,5 Millionen erhöhen. Das aktuelle Haushaltsdefizit würde sich statt von 7,64 auf 6,15 Millionen Euro verringern und die allgemeine Rücklage müsste noch in Höhe von 3,84% in Anspruch genommen werden.

Im Vergleich mit den 10 Städten im Kreis Mettmann würde Erkrath dann aber nach den Städten Heiligenhaus und Velbert an 3. Stelle beim Hebesatz der Grundsteuer B liegen. Grundsteuererhöhungen stellen insbesondere für Bürgerinnen und Bürger mit einem geringen Einkommen eine finanzielle Belastung dar.

Bündnis 90/Die Grünen lehnen eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ab, da diese - wie bereits am Anfang meiner Rede erwähnt – nicht zwingend erforderlich ist, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu verabschieden.

Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen zu generieren, dürfen immer nur das letzte Mittel der Wahl sein, um die Handlungsfähigkeit einer Kommune zu erhalten.

Sollten diese zukünftig unumgänglich sein, muss die Steuer mehrbelastung aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit aber nicht nur auf die Bürgerinnen und Bürger sondern auch auf die Unternehmen verteilt werden. Hierzu gehört dann auch die Gewerbesteuer.

Eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer um 2,5 % von derzeit 420 auf 430 Hebepunkte würde zusätzliche Einnahmen in Höhe von 670.000 Euro erbringen. Die Grundsteuer B müsste dann nur um 10 % auf 460 Hebepunkte erhöht werden, um die von der SPD-Fraktion beantragten Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Millionen Euro zu erzielen.

Bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen haben wir uns unter Berücksichtigung der angespannten Finanzsituation dafür eingesetzt, dass die soziale Infrastruktur und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt, die Kinder- und Familienfreundlichkeit gestärkt wird, sowie notwendige Belange für den Umwelt- und Klimaschutz in unser Stadt Berücksichtigung finden.

Für Bündnis 90/Die Grünen stellt die Stärkung der Kinder- und Familienfreundlichkeit weiterhin einen kommunalpolitischen Schwerpunkt dar.

Im Bereich des Kinderbetreuungsangebotes in Kindertagesstätten und in der Tagespflege haben wir –wie der aktuelle Bedarfsplan aufzeigt – einen Nachholbedarf. Insbesondere bei den Plätzen für Kinder unter 3 Jahren stellen wir fest, dass das Angebot mit 395 Plätzen in Kitas und Tagespflegestellen nicht bedarfsdeckend ist. Hier gilt es einen weiteren Ausbau vorzunehmen.

Das Angebot an OGS-Plätzen wird in den Grundschulen Sandheide und Kempen um jeweils eine halbe Gruppe ausgebaut. Es werden ab dem Schuljahr 2016/17 dann 852 OGS-Plätze und 320 Plätze in den Gruppen von acht bis eins für über 75% der Grundschulkinder zur Verfügung stehen.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer mehr Eltern ein verlässliches Betreuungsangebot für ihre Kinder benötigen. Nur so, und nicht über Wohnbaugebiete auf der grünen Wiese, kann Erkrath als Wohnstandort für junge Familien attraktiv bleiben.

Auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wurde der Spielplatzetat nicht – wie von der Verwaltung vorgeschlagen – um 35.000 Euro gekürzt. Es stehen weiterhin jährlich 75.000 Euro für die Neuanschaffung von Spielgeräten für die rund 65 städtischen Plätze zur Verfügung. Ich appelliere zum wiederholten Mal an die Verwaltung zur Verbesserung der Spielplatzsituation in Absprache mit den Spielplatzpaten dieses Geld auch endlich einzusetzen und nicht weiterhin in Untätigkeit zu verbleiben.

Der längst überfällige Neubau des Jugendtreffs am Skaterpark im bevölkerungsstärksten Stadtteil Hochdahl wird nun endlich erfolgen. Die aktuelle politische Diskussion über die Baukosten hat leider zu einer weiteren Zeitverzögerung geführt. Meine Damen und Herren, die rund 1 Million Euro für den Neubau sind gut investiertes Geld und tragen dazu bei, dass an anderer Stelle Ausgaben für Kinder und Jugendliche nicht anfallen, da die Prävention durch ein attraktives Angebot gestärkt wird. Hierzu gehört auch, dass der Jugendtreff zukünftig am Wochenende geöffnet hat und ausreichendes Betreuungspersonal bereitgestellt wird.

Problematisch und zu kritisieren ist, dass insbesondere der Sanierungstau an den Schulen nicht zeitnah behoben wird. Bereits vorgesehene Maßnahmen, wie z.B. für die Gemeinschaftsgrundschule Erkrath an den Standorten Falkenstraße und Düsselstraße oder die Sanierung der Duschen in den Turnhallen des Gymnasiums Erkrath und der Grundschule Sandheide werden auf das nächste Jahr verschoben.

Hier stehen auch Sie, Herr Schultz, als Bürgermeister in der Pflicht, diesen Missstand zu beseitigen.

Meine Damen und Herren,

ein weiterer Schwerpunkt grüner Kommunalpolitik bleibt der Erhalt unserer Grün- und Freiflächen und der Klimaschutz sowie die Minderung der Lärmbelastung in unserer Stadt.

Bündnis 90/Die Grünen werden sich auch zukünftig gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dafür einsetzen, dass ökologisch wertvolle Flächen und der Charakter unserer Stadt im Grünen erhalten bleiben.

Deshalb kommt für uns eine Bebauung in den Bereichen der Neanderhöhe, Kleines Bruchhaus, Cleverfeld oder in Unterfeldhaus nördlich der Neuenhausstraße, nicht in Betracht.

Dass im vorliegenden Haushalt finanzielle Mittel für den Erwerb von Grundstücksflächen in Unterfeldhaus nördlich der Neuenhausstraße vorgesehen sind, wird von uns ganz entschieden abgelehnt. Leider haben alle anderen Fraktionen im Haupt- und Finanzausschuss gegen unseren Antrag auf Streichung dieser Position gestimmt. Obwohl insbesondere BmU und SPD bei der Verabschiedung des Stadtentwicklungskonzeptes betont haben, dass eine Innenentwicklung Vorrang habe, wird durch den beabsichtigten Kauf dieser Außenbereichsflächen in einer Größe von insgesamt 60.000 Quadratmetern genau das Gegenteil jetzt beschlossen und die Bebauung vorbereitet.

Diese Ausgabe ist unnötig, belastet die finanzielle Haushaltssituation zusätzlich und entspricht nicht dem Vorrang der Innenentwicklung.

Für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum muss die Fläche Am Wimmersberg neugestaltet und schnellstmöglich genutzt werden. Dieses entspricht dem Grundsatz der Innenentwicklung und der Vermeidung zusätzlicher Flächenversiegelung im Außenbereich, meine Damen und Herren!

Nachdem auf Antrag der Grünen das Klimaschutzkonzept erstellt wurde und Anfang dieses Jahres die dringend benötigte Stelle in diesem Bereich besetzt wurde, müssen jetzt Maßnahmen die zur CO₂ Minderung führen, umgesetzt werden. Für erste Projekte stehen in diesem Bereich Haushaltsmittel in Höhe von 75.000 Euro zur Verfügung. Wir halten an dem Ziel fest, dass bis 2020 7,0 t. CO₂ je Einwohner eingespart werden und somit ein kommunaler Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

Das Gleiche gilt für den Lärmaktionsplan Stufe II zur Verringerung des Lärms auf innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen. Der Plan zeigt auf, dass in Erkrath viele Menschen von einem zu hohen Straßenlärm betroffen und dadurch in der Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigt sind.

Dass der Kreis Mettmann Bedenken gegen diesen Plan geäußert hat, ist unverständlich und bedauerlich.

In diesem Jahr muss nun endlich die Sanierung der Max-Planck-Straße und der Bruchhausener Straße im Bereich der Wohnbebauung mit einem lärmindernden Asphalt erfolgen. Die finanziellen Mittel stehen im Haushaltsplan hierfür bereit.

Für Maßnahmen zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes wurden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zusätzlich 50.000 Euro eingesetzt. Zur Förderung einer umwelt-

und klimaschonenden Mobilität und Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Radfahren müssen den Worten jetzt auch Taten folgen.

Bündnis 90/Die Grünen sind nach wie vor der Auffassung, dass die mit den Stimmen von CDU und SPD getroffene Entscheidung für einen Neubau der Feuerwache auf dem Cleverfeld in jeder Hinsicht falsch ist und dringend der Korrektur bedarf.

Die bereits jetzt eingetretenen zeitlichen Verzögerungen durch aufwendige und kostenintensive Voruntersuchungen, durch ein aufwendiges Flächennutzungs- und Bebauungsplanverfahren mit ungewissem Ausgang und aktuelle Kostenschätzung der Verwaltung in Höhe von mittlerweile über 20 Millionen Euro sind ein eindeutiger Beleg für diese gravierende Fehlentscheidung.

Auch und gerade im Hinblick auf die angespannte Haushaltssituation appelliere ich sehr, sehr nachdrücklich an die Befürworter des Standortes Cleverfeld, diese Entscheidung zu überdenken.

Meine Damen und Herren,

es ist unsere humanitäre Pflicht, Menschen die aus Krisengebieten geflüchtet sind, in Erkrath willkommen zu heißen und Ihnen eine neue Lebensperspektive anzubieten.

An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei den zahlreichen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Belange der Flüchtlinge engagiert und intensiv einsetzen und somit einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung und Integration der zugewanderten Menschen leisten.

Alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen haben die notwendigen Beschlüsse zur Unterbringung und Bereitstellung des notwendigen Personals bei der Verwaltung zur Betreuung und Integration der Flüchtlinge mitgetragen. Dieses begrüßen wir außerordentlich. Wir freuen uns, dass der gesamte Erkrather Rat - trotz unterschiedlicher Auffassung in anderen kommunalpolitischen Bereichen – dieses positive Zeichen setzt. Die Anstrengungen im Flüchtlingsbereich müssen aufrechterhalten bleiben. Es gilt, neben der Wohnraumversorgung ausreichende Sprachkurse und weitere Hilfen zur Integration zu schaffen und anzubieten.

Meine Damen und Herren,

Bündnis 90/Die Grünen werden die Zustimmung zu diesem Haushalt davon abhängig machen, dass keine einseitige Erhöhung der Grundsteuer B beschlossen und zum Abbau des Sanierungsstaus in den Schulen eine zusätzliche Stelle beim Immobilienmanagement im Stellenplan ausgewiesen wird sowie der beabsichtigte Grunderwerb in Unterfeldhaus nicht erfolgt.

Abschließend richtet sich mein herzlicher Dank an die Verwaltung, insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, für die geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Reinhard Knitsch, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen.